

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 400.00 M. Einzelgenpreis: Die 6 gepall. Millimeter-rolle für Arbeitszwecke 40.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 100.00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Sitz der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 10-11

Duisburg, März 1923

24. Jahrgang

## Die Sirene der roten Internationale

Eine griechische Sage erzählt von den Sirenen, geflügelten Wesen, die mit wunderbarem Gesang Menschen an sich heranzockten und sie dann zerfleischten. Mancher Schiffe, der an ihrer Insel vorbeifuhr, verließ betört durch die Stimmen den sicheren Boden seines Schiffes, um zu spät zu erkennen, mit wem er sich eingelassen. Die Sirenen sind zwar ausgestorben, aber ihr betörender Gesang klingt wieder in der sozialistischen Internationale, der vor allem der deutsche Sozialismus huldigt. Nicht gewerkschaftliche Bestrebungen, wie sie zum näheren Zusammenschluß der christlichen Gewerkschaften aller Länder geführt haben, sind für die rote Internationale ausschlaggebend, nein, sie ist politisch international, sie will durch Klassenkampf den neuen Menschheitsfrühling, will die sozialistische Wirtschaft und Ethik heraufführen. Die eifrigsten Gläubigen dieser neuen Darstellung sind die deutschen Sozialisten. Und das selbst heute noch.

Den Vogel schießt im Ruf nach Klassenkampf und Internationale die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ ab. Man hätte ihr nach den Erfahrungen mit den Leichnam- und Rezepten doch etwas mehr Einsicht und Klugheit zugetraut, und es ist im Interesse der Gedankenführung eines bedeutenden Teiles der Metallarbeiterschaft nur zu bedauern, daß sie die vernünftige Bahn, die sie im vorigen Jahre einzuschlagen schienen, wieder verläßt und nebelhaften Phantasmagorien nachjagt, in denen sich zwar in Worten trefflich schwelgen läßt, die aber sich zerstreuen wie Wolken vor der Sonne, wenn man sie greifen will.

Der Leuchtende dabei ist die Arbeiterschaft, die man durch partytische Radikalismen von ihrer gewerkschaftlichen Arbeit fortzieht.

Das Nächstliegende ist: Wie hält Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft in dem Ringen durch? Das ist das erste und wichtigste; statt das aber einzusehen, bemüht sich die sozialistische Metallarbeiterzeitung, möglichst viel Klassenkampf-Partei- und Parteipolitik zu kochen. Ihre Ansicht ist, daß es selbst jetzt nicht ein einziges Zusammengehen aller Schichten geben darf, daß vor allen Dingen die Arbeiterschaft nicht einseht, daß sie im vorliegenden Falle der Ruhrbelegung gleichlaufende Interessen mit der Industrie hat, daß sie unendlich viel verliert, wenn der gemeinsame Kampf verloren geht. Nein — eine sogenannte Einheitsfront darf es nach der sozialistischen Metallarbeiterzeitung nicht geben, das widerspricht der sozialistisch-marxistischen Doktrin und wenn Deutschland darüber zu Grunde ginge.

Es ist im Grunde so unendlich gleichgültig, wie der Kampf der Ruhrarbeiter gegen die französischen Imperialisten gelaufen ist, wenn er nur tatsächlich gekämpft und ausgehalten wird, aber die sozialistischen Wesen und Taktiker drehen und drehen so lange an diesem Elementarereignis in der Seele eines bodenständigen deutschen Volksteils herum (das ihnen offenbar sehr un bequem ist und in keiner Weise in ihr Parteischema paßt), bis sie sich selbst lächerlich gemacht haben. Denn der Einheitsfront im Westen schadet das sozialistische Geschwätz natürlich nicht unmittelbar — wohl aber mittelbar durch die Stärkung der franz. Zursicht und Propaganda. Der deutsche Sozialismus, schreibt der „Deutsche“ einmal, hat immer völlig hilflos allen außenpolitischen Ereignissen gegenüber gestanden — zum größten Schaden des deutschen Volkes, dessen Geschichte 3 Jahre zum großen Teil in seiner Hand lagen. Auch jetzt steht er ohne die Spur eines eigenen Gedankens dem Ereignis im Westen gegenüber. Im übrigen kennt man wieder nur innerpolitische Besorgnisse. Deutschland ist gefährdet, aber noch gefährdeter die Partei, und das ist ausschlaggebend und das scheint auch der Grund zu sein, warum die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ in die radikale Kerbe haut und alles auf die Internationale aufschreibt.

Die Internationale wird Deutschland nicht retten. Vorhänger, der süddeutsche Bezirksleiter des sozialistischen Metallarbeiterbundes, hat schon Recht, wenn er in der Beiratsführung vom 6. und 7. Febr. in Stuttgart sich in temperamentvoller Weise gegen die Internationale wendet, die nach seiner Ansicht völlig verjagt habe. Mit Beschlüssen ist uns nicht gedient, wir wollen von unseren ausländischen Genossen lernen. (Metallarbeiterzeitung Nr. 7, 1923). Der Redakteur der sozialistischen Metallarbeiterzeitung, Friz Kummer, reitet dagegen den abgedroschenen Gaul der Internationale und ist der Meinung, daß die sozialistische Macht am besten gestärkt werde durch Fernhaltung vom „bürgerlichen Kummer“. „Unsere einzige Hoffnung ist die Internationale.“ Aber er muß im nächsten Atemzug schon die Schwäche der Internationale bekennen, indem er sagt: „Man dürfen wir aber nicht Erwartungen an sie stellen, die sie, so kurz nach dem Weltkrieg... nicht erfüllen kann“ (Metallarbeiterzeitung Nr. 7).

Also man setzt seine einzige Hoffnung auf eine Ratte, von der man im voraus weiß, daß sie die Erwartungen nicht erfüllt. Das mag sozialistisch sein, gewerkschaftlich ist das nicht.

Welche Meinung der sozialistische Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund von der Internationale hat, sagt er sehr offen im Correspondenzblatt Nr. 8, 1923:

Die internationale Aktivität kommt nicht zum Ausdruck in zahllosen und kostspieligen Reisen, in papernen Kundgebungen und in großen Reden und Beschlüssen, sondern in wirklichen Zusammenwirken der Gewerkschaften aller Länder. Damit ist es leider in den letzten Jahren nicht besser geworden, sehr zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft!

Wirklich, es ist nicht besser geworden in den letzten Jahren mit der roten Internationale. Das beweisen die Parlamentarismus-Besprechungen anlässlich der Ruhrdebatte, in den verschiedenen Entente-Ländern, bei denen besonders die belgische sozialistische Partei unter Führung Vanderveldes den Einbruch ins Ruhrgebiet direkt forderte. Das sozialistische Zentralorgan „Vorwärts“ stellte schon im März 1921 dem belgischen Teil der roten Internationale folgendes Zeugnis aus:

... Die belgische Partei hat, als Ganzes genommen, in den letzten Jahren immer nur Beweise eines kläglichen Kapitulierens vor jedem Nationalismus gemacht.

Die übrigen fremdländischen sozialistischen Parteien haben es zum Teil nicht besser gemacht.

## Die Arbeit für den Verband

muß nicht nur Ehrensache jedes christlichen Metallarbeiters sein, sie ist auch ein Gebot der Klugheit \* \* und ein Akt vorausschauender Weltficht. \* \* Jeder überzeugte und kluge christliche Metallarbeiter stellt deshalb seinen Mann in der Hausagitation.

Diese Internationale, die vor dem Nationalismus kluglich zusammenbricht, ist „die einzige Hoffnung“ der Metallarbeiterzeitung.

Da weiß der sozialistische Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker schon besser den wahren Inhalt der Internationale zu treffen, wenn er in Nr. 37, 1921, schreibt:

Weltumfassende Bedeutung wird die Internationale doch nie erlangen, da zu sind die völkischen Gegensätze viel zu groß.

Die gepriesene Internationale wird keinen Stein vom anderen rücken. Sie stand achselzuckend beim Einmarsch, sie steht achselzuckend bei den verschiedenen Taten, die geschehen, und sie stünde auch achselzuckend dabei, wenn das Spiel um das Ruhrgebiet ungünstig — was Gott verhüten wolle — für uns ablaufen sollte.

Auf dieses schwammige Gebilde soll die deutsche Arbeiterschaft ihre „einzige Hoffnung“ setzen. Ein Narr, der auf einen lahmen Gaul setzt. Nein, die denkende deutsche Arbeiterschaft vertraut auf ihren gesunden Sinn, ihre Widerstandskraft. Würde die deutsche Abwehrfront durchlöcher — und wer hilft auf die Dauer mehr dazu als die kurzfristige Taktik des sozialistischen Metallarbeiterverbandes — dann hilft kein Schreien und Bitten, weder nach Amsterdam, noch nach Moskau.

Deutsches Volk, in deiner eigenen Brust sind deine Sühnenssterne. Wir als christliche Metallarbeiter stehen Seite an Seite mit allen übrigen Ständen zur Abwehr. Wir setzen dafür alle unsere Kräfte ein. Aber wir verlangen auch, daß von der Regierung aus allem gesteuert wird, was provozierend auf die leidende Ruhrbevölkerung wirkt. Vor allem härtester Kampf gegen Wucher, Luxus, Vergnügungen. Muß es nicht seltsam anmuten, daß nach einem kurzen Anflug von ernster Stimmung Berlin schon wieder seine Polizeistunde verlängert erhielt, wohl nicht ohne Mitwirkung des sozialistischen preussischen Innenministeriums und des sozialistischen Polizeipräsidenten. Man mag uns mit sozialistischen Schlagworten gegen Vergnügen verschonen, wenn die leitenden sozialistischen Kräfte beim ersten Sturmhauf der Interessententeile wie Rasiermesser zusammenklappen.

Gemeinsame Not soll gemeinsam getragen werden. Wir wollen nicht über die Grenze schreien, ob der oder jener etwas tut oder vielmehr nicht tut, sondern wir wollen hier Mann für Mann zusammenstehen. Dann wird das Ende uns gehören.

## Rechtliches zu den Betriebsräte wahlen

Bei den vorstehenden Betriebsräte wahlen sind genau die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Wahlordnung zu beachten. Werden diese Bestimmungen verletzt, so sind die Wahlen unter Umständen nichtig und das bedeutet, daß der Betrieb ohne Betriebsvertretung ist, daß die Belegschaft die Ründigungsvorschriften nicht genießt. Es ist also darauf zu achten, daß die bestehenden Vorschriften peinlichst eingehalten werden. Was alles in dieser Hinsicht in Betracht kommt, können wir an dieser Stelle nicht auseinandersehen. Um aber einige Anregungen zu geben, wollen wir ein paar Punkte herausgreifen:

### 1. Der Wahlvorstand.

Der Betriebsrat hat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Kommt der Betriebsrat seiner Verpflichtung nicht nach, so hat der Arbeitgeber einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen, in dem in Betrieben mit Arbeiter und Angestellten beide Gruppen vertreten sein müssen. Der Wahlvorstand bestimmt seinen Vorsitzenden selbst. Das gleiche gilt, wenn ein Betrieb neu errichtet wird oder wenn die für die Errichtung eines Betriebsrates vorgeschlagene Mindestzahl von Arbeitnehmern erreicht wird. Die Wahl ist durch den Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Aufstellung einzuleiten und soll spätestens nach sechs Wochen stattfinden.

### 2. Die Wählerliste.

Der Wahlvorstand hat für jede Wahl eine Liste der Wahlberechtigten, getrennt für Arbeiter und Angestellte, aufzustellen und zur Einsicht auszuliegen. Vorhandene Listen, z. B. Krankentafeln oder Lohnlisten, können benutzt werden. Gegen den Inhalt der Wählerliste kann binnen 8 Tagen nach dem Ausgange des Wahlauschreibens Einspruch erhoben werden. Ueber Einsprüche entscheidet der Wahlvorstand; gegebenenfalls ist die Wählerliste zu berichtigen.

### 3. Wahlauschreiben.

Der Wahlvorstand hat spätestens 20 Tage vor dem letzten Abstimmungstag ein Wahlauschreiben zu erlassen und an einer oder mehreren geeigneten Stellen bis zum letzten Abstimmungstag auszuhängen. Der Inhalt des Wahlauschreibens ist in § 3 Absatz 2 der Wahlordnung zu B. R. G. genau vorgeschrieben. Der Anhang zur Wahlordnung enthält zudem ein Muster eines Wahlauschreibens.

### 4. Vorschlagslisten.

Die Vorschlagsliste muß die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge genau bezeichnen. Jede Vorschlagsliste soll wenigstens doppelt soviel wählbare Bewerber nennen, wie von der in Betracht kommenden Arbeitnehmergruppe (Arbeiter, Angestellte) Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Drei Wahlberechtigte müssen diese Vorschlagsliste unterzeichnen, von denen einer als Listenvertreter bezeichnet wird. Die Vorschlagslisten sind spätestens eine Woche nach dem ersten Tage des Ausganges beim Wahlvorstand einzureichen. Eine Verbindung von Listen ist unzulässig.

Der Wahlvorstand hat die Vorschlagslisten nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsnummern und Namen zu versehen und spätestens vor Beginn der Abstimmungsfrist auszulegen oder auszuhändigen.

### 5. Stimmabgabe.

Der Wähler darf seine Stimme nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten abgeben. Die Stimmzettel dürfen weder unterzeichnet noch sonst gekennzeichnet sein, noch Namen aus vorliegenden Vorschlagslisten enthalten. Der Wähler hat seinen Stimmzettel in einem Wahlumschlag abzugeben, der in Gegenwart des Wählers in einen verschlossenen Wahlkasten gesteckt wird.

### 6. Die Feststellung des Wahlergebnisses.

Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand nach dem Verhältniswahlverfahren in einer Niederschrift festgestellt und bekannt gemacht. Die Grundsätze der Berechnung bei der Verhältniswahl enthalten die §§ 13 und 14 der Wahlordnung, mit ihnen muß sich jeder Betriebsrat genau vertraut machen. Wenn eine Höchstzahl auf mehrere Vorschlagslisten zugleich entfällt, entscheidet das Los. Ist nur eine Vorschlagsliste eingereicht oder zugelassen, so gelten die in ihr verzeichneten Bewerber auch ohne Stimmabgabe als gewählt.

### 7. Aufhebung der Wahl.

Die Wahl kann während der zweiwöchigen Dauer des Wahlergebnisausganges beim Bezirkswirtschaftsrat oder vor dessen Errichtung bei der durch die Landeszentralbehörde bestimmten Stelle angefochten werden.

8. Die Wahlkosten.

Die sachlichen Wahlkosten, Beschaffung der Wahlordnung, Wahlumhänge trägt der Unternehmer. Zur Beschaffung von Stimmzetteln ist er gesetzlich nicht verpflichtet, wenn es auch von den Unternehmern in den meisten Fällen geschieht.

Neue Unterstützungsätze bei Erwerbslosigkeit

Ab 12. Februar kommen für das unbefetzte preussische Staatsgebiet folgende neue Unterstützungsätze bei Erwerbslosigkeit in Frage:

Table with 5 columns: Person category (A, B, C, D, E), and 4 columns of support amounts. Rows include men and women over/under 21 years, and family allowances.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 14. d. Mts. ein Initiationsgesetz zur Aenderung des § 9, Absatz 2, Satz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921...

Regelung der Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet

Zwischen den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen des besetzten Gebietes ist es hinsichtlich der Regelung der Erwerbslosenfürsorge zu folgender Vereinbarung gekommen...

- 1. Entlassungen von Arbeitnehmern sind soweit als irgend möglich zu vermeiden.
2. Auf ein Betrieb ganz oder teilweise eingestellt werden, so wird die Lohnzahlung nach folgenden Grundsätzen sichergestellt:
a) Diejenigen Arbeitnehmer, deren Arbeitslosigkeit unmittelbar durch Eingriffe der Besatzung oder durch die Jurisdiktion...

Merktblatt über Betriebseinschränkungen

Grundlegend sind die Bestimmungen der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angehörten vom 12. Februar 1920.

Ueber die Energiequellen der Erde

In Anbetracht der immer schwieriger werdenden Beschaffung der Brennstoffe für die Industrie bezieht sich die Wissenschaft schon seit langem auf die Angelegenheit und prüft die Frage nach Abhilfe sowie Schaffung neuer Kraftquellen.

- 1. Voraussetzung der Arbeitsstreckung. Die Streckung der Arbeit vor Entlassung von Arbeitern aus Mangel an Beschäftigung ist nur dann Pflicht des Arbeitgebers, wenn sie ihm nach den Verhältnissen des Betriebes zugemutet werden kann.
2. Keine Mitwirkung oder Einspruchsrecht der Betriebsvertretung. Der Betriebsrat ist jedoch unter Darlegung der Gründe rechtzeitig von der beabsichtigten Arbeitsstreckung in Kenntnis zu setzen.
3. Anklündigung der Arbeitsstreckung und Lohnzahlung.

Die Wirkung der Hausagitation!

Table titled 'Agitationswoche der Ortsverwaltung Duisburg vom 17. bis 25. Februar 1923'. Columns: Jahrestellen, Neuaufnahmen, Uebertritte, Wieder-gewonnen, Gesamtsumme. Lists various districts like Stadt, Hochfeld, Neudorf, etc.

Dieses Ergebnis ist ein erfreuliches Zeichen. Wie ganz anders noch würde dasselbe aussehen, wenn anstatt circa 100 Kollegen sich 500 Kollegen an der Agitation beteiligt hätten.

- 8. Streckung der Krankfursorge. Die Aenderung des Arbeitsverdienstes bedingt eine entsprechende Kürzung der Beiträge.
9. Streckung und Schwerbeschädigte. Bei Einführung der Arbeitsstreckung erfahren Schwerbeschädigte keine Ausnahmehandlung.
10. Streckung und Urlaub. Bei Urlaub besteht nur Anspruch auf den Lohn der mit verlängerter Arbeitszeit arbeitenden Arbeitnehmer.
11. Kurzarbeiterunterstützung. Kurzarbeiter erhalten von einem bestimmten Grade an nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. 11. 21 hzm. 21. 3. 22 (S 9) Unterstützung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge.

vorräte der Welt wohl für die Dauer kaum gangbar. Eine bessere Rolle wird wohl den Wasserkraften zuteil werden. Die Gesamtwasserkraft Europas werden auf etwa 60 Millionen Pferdekrafte beziffert, wobei nur die wichtigsten Industrieländer in Betracht gezogen sind.

Die Frage, ob für Schwerbeschädigte im Falle der Entlassung nach vorausgegangener Arbeitsstreckung die Sondervorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes nach § 4, 20 §§ 12 und 18 (vierwöchige Kündigung) zu beachten sind, ist bisher noch ungeklärt.

Ein Einspruchsrecht der Arbeitnehmer gemäß § 84 Abs. 3 W.G. besteht in den Fällen der Entlassung wegen Betriebs einschränkung nicht.

Ehret die Braven!

Am 26. Januar hat Kollege Barthel Kuderz aus Langerwehe-Jüngersdorf das Zeiliche gelehrt. Kollege Kuderz war einer der ältesten Pioniere unseres Verbandes im Kreise Düren und hat die Sektion Langerwehe-Jüngersdorf als Vorsitzender 21 Jahre geleitet.

Wimm und Lies!

- 1. Vorgeschichte, Zweck und Grundzüge des B. R. G.
2. Allgemeine Rechtsverhältnisse des B. R. G.
3. Betriebsräte und Gewerkschaften.
4. Dem Verren an der zu kurzen Wirtschaftsstunde.
5. Die Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke nach dem B. R. G.
6. Die wirtschaftlichste Entlassung der menschlichen Arbeitskräfte nach dem B. R. G.

geleitet. Die Anlagen dieser Art verursachen äußerst hohe Herstellungskosten, und ein großer Nachteil solcher Anlagen ist der hohe Energieverlust in den langen Leitungen. Alle diese Nachteile verbieten, selbst bei Vorhandensein großer Leistungsfähigkeit, die Ueberführung der Wasserkraft in elektrische Kraft, da ihr Vorteil den Kohlenverbrauch der weitabliegenden Industriewerke nicht überwiegt.

Das Ende einer Fälschung

Ein Teil der roten Partei- und Gewerkschaftspresse über- raschte Anfang Februar ihre Leserschaft mit der Veröffentlichung folgenden Rundschreibens:

Der Reichswirtschaftsrat behält die Ueberwachung des Ar- beitsgesetzes an den Sozialpolitischen Ausschuss, damit dort eine Einigung erzielt wird. Als Vertreter christlicher Gewerkschaften Reichswirtschaftsratsmitglieder sind, sind diese örtlich (nicht nach den von uns gegebenen Richtlinien zu beschließen, damit diese nicht mit den freien Gewerkschaften konform gehen.

Das von uns Ihnen im Rundschreiben Nr. 1023 angegebene Richtlinien gegen die freien Gewerkschaften werden immer noch nicht genügend beachtet. Auf alle Fälle müssen die Gegenstände zwischen Gelehrten und Angehörten durch die Lohnpolitik, die auch vor den Schlichtungsausschüssen mit Nachdruck zu vertreten ist, gesichert werden. Wir weisen nochmals darauf hin, daß

Leitenden aus den Reihen zuverlässiger Arbeiter und Angestellten, die uns gut gesinnt sind, ergötzen werden müssen. — Durch Besondere und Nebensubventionen werden sie unbewußt be- zogen und die uns gemeinsame Aufgabe bei den Belegschaften leisten. Nach den bei uns eingegangenen Berichten können durch Propaganda gegen Zahlung zu hoher Beiträge bei den roten Gewerkschaften die besten Erfolge erzielt werden. Zurzeit sind die freien Verbände nach im Besitz von nicht unbedeutenden Kampfmitteln, die ihnen gestatten, örtliche Kämpfe längere Zeit durchzuführen. Eine Schwächung der gewerkschaftlichen Finanzen konnte uns nur die Möglichkeit geben, die Arbeiterschaft nach der richtigen Art zu erziehen. Wo die Konjunktur nicht beson- ders günstig ist, und finanzielle Verluste durch Schutzverbände ge- wendet werden, müssen Streiks ausgedehnt werden, was die Reihen der Gewerkschaften dauernd schwächen würde, was gleichbedeu- tend mit einer Vahmigung der anbauenden Lohnbewegungen zu betrachten ist. Denn nur durch fundierte rote Verbände können uns geschützt werden. Deshalb muß versucht werden, diese zu pervertieren und deren Mitglieder durch Delatoren von jeder er- höhten Beitragsleistung abzuhalten.

Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind, müssen die finanziell am gesündesten bekämpft werden, denn die- jenigen, die nur geringe Beiträge leisten, können uns nie un- bequem werden, und sollen auch diese der Arbeiterschaft durch dritte Personen empfohlen werden.

Wo irgend vom Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann, müssen sich die Betriebsräte aus den Reihen ausschließlich christ- licher und kirchlich-demokratischer Organisationen rekrutieren. Durch gezielte Operationen lassen sich aber auch die Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaften beeinflussen, so daß diese selbst gegen jede Erhöhung der Beiträge sind. Dies geschieht an einzelnen Orten vorzüglich ohne daß sich die Mehrzahl der Arbeiter deren Folgen bewußt ist.

Während die Blätter sich hüteten, aus diesem Rundschreiben irgendwelche Schlüsse gegen die christlichen Gewerkschaften zu ziehen, entsafelten die unteren Organe und manche Mitglied- schaften im sozialistischen Gewerkschaftslager damit eine eifrige Propaganda gegen die „Christen“, deren „Unzuverlässigkeit“ und „Schwäche“ nun „erneut bewiesen“ sei. Die Verwaltungs- stelle Hütte 1. B. des roten Metallarbeiterverbandes über- mittelte Abschriften des Rundschreibens, mit ihrem Firmen- stempel versehen, ihren Agitatoren, die, gestützt auf dieses „Material“, nun an die Arbeit gegen die „Christen“ gehen könnten. Auch sind Extrablätter der roten Zeitungen mit diesem Rundschreiben in verschiedenen Werken der Metall- industrie (A. B. Mannhaardt-Werke Troisdorf) verteilt worden. Nunmehr sieht sich das „Korrespondenzblatt“ der sozialisti- schen Gewerkschaften vom 17. Februar 1923 genötigt, diesen „ollen, ehrlichen Gemüthern“ das „wertvolle Material“ aus der Hand zu schlagen. Es schreibt unter der Ueberschrift: Ein sonderbares „vertrauliches Rundschreiben“ auf Seite 78 fol- gendes:

Dieses „Rundschreiben“ ist auch in der Tagespresse abgedruckt und besprochen worden. An Versuchen von der Art, wie sie in diesem „Rundschreiben“ empfohlen werden, hat es, namentlich in früheren Zeiten, bekanntlich nicht gefehlt, und auch wir haben es dann an Schärfe der Beurteilung und an den daraus für die organisierte Arbeiterschaft zu ziehenden Folgerungen nicht fehlen lassen. Dieses „Rundschreiben“ enthält jedoch erstens, was uns stutzig machte. Zunächst einige Unbeholfenheiten in der Ausdrucksweise. (Man beachte z. B. die von uns oben wörtlich wiedergegebene Wendung von den Gewerkschaften, die nur geringe Beiträge leisten, anstatt erheben.) Vor allen Dingen sollte aber doch der (auch von uns oben wiedergegebene) lange Name dieses „Arbeitsgeberverbandes“ miträuschlich machen. Einen solchen Ver- band gibt es nämlich nicht. Höchstens könnte in einer abgelegenen Gegend mit wenig Industrie eine solche allumfassende Um- ernehmerorganisation vorhanden sein. Dann müßte es aber doch sehr zweifelhaft erscheinen, daß sie solche Rundschreiben mit der Unterschiffung des in weiten Kreisen bekannten Herrn Dr. v. Kar- ger losläßt.

Angeichts dieser Freistellungen können wir nur bedauern, daß ein Teil der deutschen Arbeiterpresse einer unferes Erachtens unzweifelhaften Täuschung zum Opfer gefallen ist.

Damit hat diese Fälschung ein Ende gefunden, sicherlich zum Leidwesen mancher (krupelhaften) sozialistischen Agitatoren, denen ein solches Ablenkungsmittel gerade heute sehr willkommen zu sein schien und nun die christlichen Gewerkschaften als Witz- ableiter zu gebrauchen beabsichtigten. Wie unangenehm die- ses Ende einer Verleumdung von den sozialist. „Biedermän- nern“ empfunden wird, das zeigt der soj. Metallarbeiterver- band, der trotz der Berichtigung im Korrespondenzblatt in der „Metallarbeiterzeitung“ vom 24. 2. also eine ganze Woche nach dem Widerruf, noch mit der Fälschung haushieren ging. Das ist bezeichnend für den agitatorischen Instanz und die Wahrheitsliebe im roten Metallarbeiterverband. Ob man in der roten Presse und den roten Verwaltungsstellen nun auch den Mut zum Widerruf hat?

Auch wäre es höchst interessant, einmal festzustellen, wo dieses „Rundschreiben“ geboren wurde. Wenn man dabei die Frage berücksichtigt, wem solche Methoden am dienlichsten sind, dann kommt man zu sehr bedenklichen Ergebnissen. In- zwischen hat die Leitung des sozialistischen Zentralarbeiterver- bandes der soj. „Arbeiterzeitung“ (26. 2. 1923) folgendes mitgeteilt: Ein jahrelanger Instanz in der Gewerkschaftsbewegung leitender Anwalt eines anderen Verbandes hat dieses Rundschreiben vom Hauptvorstand des Deutschen Zentralarbei- terverbandes in einer Form mitgeteilt, die an der Spitze um so weniger einen Zweifel auskommen ließ, als der Ueber- mittler bisher als durchaus zuverlässig bekannt war. Das Rundschreiben ist tatsächlich eine Fälschung.

Jedenfalls sehen die Mitglieder der christl. Gewerkschaften einmal wieder, wie vorsichtig sie sein müssen bezügl. mancher „Beeinflussungsmanöver“, die im Kampfe gegen ihre Be- wegung gebraucht werden. Das sollte sie in ihrer Treue zu den christlichen Gewerkschaften nur stärken.

Arbeiterbewegung der Welt

Italien

Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Der Christliche Metallarbeiterverband Italiens (Sindacato nazionale operai metallurgici) hielt in den letzten Tagen des alten Jahres, vom 30. Dezember bis 1. Januar, in Brescia seine Jahres- generalversammlung ab.

Im Anschluß an einen Bericht des Kollegen Palenzona wurde eine Statutenänderung beschlossen, wonach die technischen Angestellten und die Verwaltungsbeamten der Metallindustrie in Zukunft ebenfalls zum Rekrutierungsgebiet des Verbandes gehören. Weiter wurde der Verband christlicher Bergarbeiter Italiens auf Grund eines Beschlusses des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Italiens ebenfalls dem Metallarbeiter- verband angegliedert.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung — Berufsausbildung — wurde nach einem Referat des Abgeordneten Manro durch eine Resolution erledigt, welche vom Staate eine bessere Organisation des Schul- und Fortbildungswesens und des Lehrlernwesens ver- langt und den Vorstand beauftragt, seinerseits innerhalb des Ver- bandes Vorkehrungen für berufliche Weiterbildung zu treffen.

Auf Grund eines Referats des Abgeordneten Kollegen Salva- dori wurde zu einem weiteren Punkt der Tagesordnung an die Regierung die Aufforderung gerichtet, die Arbeiterkammern weiter auszubilden und dem Einfluß der politischen Parteien zu entziehen.

In sehr eingehender Weise beschäftigte sich die Generalversamm- lung mit dem Betriebsrätegedanken, wozu der internationale Kong- reß 1921 in Turin durch das Referat des Kollegen Maurer, Duis- burg, die Anregung gegeben hatte. Es wurden eine Reihe Wünsche auf diesem Gebiete formuliert, welche der Vorstand durch eigene Aktionen und durch Vermittlung befreundeter Abgeordneter der Verwirklichung in der Gesetzgebung näher bringen soll.

Canada

Eine seit mehreren Jahren beständig zunehmende Zahl katho- lischer Arbeiter will von der Gewerkschaftsauffassung des „Amerika- nischen Arbeitsbundes“, der sich über Canada sowohl als die Ber- einigten Staaten erstreckt, nichts mehr wissen.

Seit 1918 haben sie nun nach einigen fruchtlosen Versuchen be- gonnen, katholisch-nationale Gewerkschaften zu gründen.

Im August 1922 konnte der erste Kongreß des „Katholischen Arbeiterbundes aCanada“ in Montreal stattfinden.

Material für die Agitation

O selig, o selig, Kommunistenführer zu sein

Die fürchterliche russische Hungersnot und die erschreckende Lage der russischen Arbeiter, die selbst bei berechtigten Streiks ins Konzentrationslager verschleppt werden und denen die russische Regierung nicht einmal den versprochenen Lohn aus- zahlt, ist bekannt. So schuldete am 1. Juli 1922 die russische Sowjetregierung den Bergarbeitern 1 Trillion 590 Milliarden Rubel. Das russische Proletariat stirbt vor Hunger. Wer sich aber im Glauben befindet, die Kommunistenführer hun- gerten auch etwa, um mit dem Proletariat alle Not zu teilen, befindet sich mächtig auf dem Holzwege. Wie die Kommuni- stenführer in Moskau leben, erfährt man aus einem Briefe des Unionistenführers Nikolaus Holz, der als Delegierter zu dem im November 1922 tagenden kommunistischen Kongreß nach Moskau entsandt war. („Vorwärts“, 17. Februar.)

Holz schreibt an seinen Bruder:

„Moskau, den 20. November 1922. Wir deutschen Vertreter der Union und KPD. fuhrten am 10. November 1922 von Berlin 2. Klasse über Königsberg— Gumbinnen nach Mga. Am 12. November kamen wir in Mga an und wurden in ein Hotel der russischen Volkspolizei gebracht. Tippoppes Essen, seines Zimmers mit allerhand Bequemlich- keiten. Herzliche, freundliche Aufnahme. Abends um 11 Uhr Abfahrt im Diplomatenwagen 1. Klasse (Schlafwagen mit Bett) nach Moskau. Unterwegs gab es Weine, Wurst und ge- bratenes Fleisch. Eine herrliche Fahrt durch Weidnis und Steppen. Am 15. November in Moskau und mit Auto nach Hotel Lux. Jeder erhielt sofort 50 Millionen Rubel und jetzt ging es ins Hotel Paris. Dort großes Diplomatenzimmer mit Schreibtisch, Sessel, Sofa, Bett mit allen herrschaftlichen Be- dienungen. Um 9 Uhr Frühstück, um 10 Uhr zweites Frühstück, um 4 Uhr großer Gala-Mittagstisch. Nebenbei noch die Bestel- len an der Universität, Holz, Bau, Textil und wie sie alle heißen mögen, an denen wir auch mitessen müssen. Anjere Konferenz findet im Kremlin, dem Kronungsplatz der russischen Kaiser, statt. Das Konferenzzimmer ist des Schlagworts der russischen Kaiserin Katharina, deren Bett noch dort steht. Die Räume sind in Holz, Seide, Berlin und Weißleinen gehalten; die herrlichsten Teppiche liegen und hängen an den Wänden und Treppen. Wunderschöne Tapisserie, würde ich bleiben können, käme ich nicht mehr nach Deutschland.“

Wir glauben es dem Unionisten Holz aufs Wort, daß er gerne in Rußland bleiben würde, denn das Leben eines Kom- munistenführers mit dem „tippoppen Essen, Gala-Mittagst- lich und herrschaftlichen Bedienung“ in Rußland ist ein Schlaraffen- und Schmarogerleben, wie man es sich schlimmer kaum vorstellen kann. Die Masse kann ja Hungers sterben. Allmählich muß es ja auch dem letzten Kumpel einleuchten, warum die Kommunisten- und Unionistenhäuptlinge auch ein Sowjetregime in Deutschland einführen wollen. Das Para- sitenleben russischer „Führer“ reizt eben sehr zur Nachahmung. Wir deutschen Arbeiter bedanken uns herzlich für diesen Schwindel.

Tatsachen beweisen

Erschreckend bittere Tatsachen sind es, die einmal ein Land erfuhr, weil es sich Phrasen in die Arme warf und glaubte, mit dem Schlagwort den Rettungsweg beschritten zu haben. Es ist Rußland und die russische Arbeiterschaft, die vom kommunistischen Schlagwort betört, jetzt ihre Unvernunft fürchtbar büßen müssen. Der Ruf: Dan hat eine Zusammen- stellung gemacht, wie das russische Volk unter der Kommu- nistenherrschaft an der Nase herumgeführt worden ist. Er schreibt u. a.:

Im Mai 1917 riefen sie nach dem ersten Mittel der Arbeiterkontrollen. Im September 1921 erklärten sie: der Be- triebsgesetz darf keine Kontrollmaßnahmen ausüben. Die

Wir hoffen, daß sich diese Bewegung, die bereits 40000 Mit- glieder zählt, derzeit entwickelt, daß sie sich unserer internationalen angeschlossen und so zur Stärkung der christlich-sozialen Bewegung beitragen kann.

Japan

Auf dem Wege zum japanischen Gewerkschaftsbund. Seit gerau- mer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu vereinfachen. Der Allgemeine Arbeiterver- band hatte am 10. Mai einen Ausschuss zur Förderung dieser Be- strebungen eingesetzt. Derselbe konnte zum 30. September nach Osaka zur Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes eine Kon- ferenz einberufen, an der zum erstmaligen Vertreter aller größeren Gewerkschaften des Landes teilnahmen. Insgesamt waren die Vertreter von fünf Gewerkschaftsbünden erschienen, denen 60 Ge- werkschaften und Verbände angehören.

Schwierigkeiten entstanden bei der Frage, welche Befugnisse der neue Bund haben sollte. Eine Richtung trat für stärkste Zentrali- sation ein, während ein anderer Teil für Beibehaltung voller Auto- nomie der angeschlossenen Verbände war, die nur durch eine lose Föderation miteinander verbunden sein sollten. Der Allgemeine Arbeiterverband, der die erstere Richtung vertrat, fand die Unter- stützung auch des Verbandes der Staatsangestellten, doch war der Widerstand der Verbände aus Ost- und Westjapan so stark, daß eine größere Veranstaltung zur Feier der Einigung abgefragt werden mußte.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. März der 11. Monatsbeitrag fällig für die Zeit vom 1. bis 17. März und für Sonntag, den 18. März der 12. Monatsbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. März.

Infolge der durch die Anhebung entstandenen postalischen Schwierigkeiten erscheint auch diese Nummer als Doppelnnummer. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, der Zentrale sofort Mit- teilung zu machen, welche Organe jeweils nicht ankommen.

Es erheben die Genehmigungen zur Erhebung der beschlossenen Beiträge: Danzig, Duisburg, Ortsverwaltung Troisdorf. Unsere Geschäftsstelle befindet sich nicht mehr in Troisdorf, sondern in Siegburg, Kronprinzenstr. 5 (Michaelshaus), Telephon- anschluß 474.

Nationalisierung (Sozialisierung), die in den Jahren 1918 und 1919 4000 Arbeiterangehörigen, 16000 Schiffe der Handelsflotte, 6000000 Desjatinen Land (Desj. 11 Hektar) umfassen, erweist sich als ein die Wirtschaft zerstörender Fehlschlag; die zwangsweise Militarisierung der Arbeit zwingt minimale Erzeubnisse und stellt sich als eine anstößige Be- zugsweise von Plebsentzeit und Bolschewismus dar. Die bolsche- wistische Agrarpolitik und das System der Zwangsarbeit führen zum rapiden Rückgang der volkswirtschaftlichen An- ausfälle und helfen eine empfindliche in Menschen- und Vieh- sterberei ausbreitende Hungersnot vorbereiten.

Die Zahl der industriellen Arbeiter war schon Anfang 1919 auf mehr als zwei Drittel zurückgegangen. 1921 waren nur noch 800000 Arbeiter in den industriellen Betrieben tätig, aber die Zahl der Sowjetangehörigen war auf 2 Millionen ge- stiegen. Der Arbeiter verlor die Hälfte nach ein Drittel des Verdienstes und dem kanakischen Arbeiter blieb die- selbe Staat ein Viertel seines Hungerlohnes noch übrig. Der Achtstundentag wurde vielfach durch einen 12- bis 14stündigen Arbeitstag verdrängt, Frauen und Kinderarbeit nahmen er- heblich zu, und ein Massenstreik der überangestutzten und erkämpft ernährten Arbeiter fehlte ein. Einige Gewerkschaf- ten mußten sich in der letzten Zeit ausschließlich mit der Befrei- ung von Sägen beschäftigen. Die soziale Lage einer früheren Zeit ist fast vernichtet worden. Die proletarischen Massen verhungern, und die neuen Reichen trieben einen wah- rungen Luxus.

Bolschew hat die Sowjetrepublik mit ihrer Parole: „Alle Macht den Räten“, nie betriebe. In Wirklichkeit existierte nur die Diktatur der kommunistischen Partei. Die Diktatur des Proletariats“ arteile in die Selbstherrschafft von 5 bis 10 Millionen aus. Das Sowjetregime ist völlig abgelehnt; jede Rede, jede Pressefreiheit ist erdrückt, und die Gefängnisse sind mit sozialistischen Proletariats überfüllt. Ein Teil der russischen Diktatur des Proletariats!

Und mit einem solchen System wollen die Radikalklassen auch die deutsche Arbeiterschaft beglücken. Die Sowjetrepublik hat Hunderttausende von Goldrubeln in der letzten Zeit nach Deutschland geworfen, um die Kräfte zu entzählen, die zur Diktatur des Proletariats“ führen sollen. Aber auch noch andere Gelder aus anderer, sehr bekannter Quelle, sollen laut „Arbeiterzeitung“ Nr. 9 den Herren Kommunisten übergeben worden sein zu sehr durchsichtigen Zwecken im Ruhrgebiet.

Wie dem auch sei: Die vernünftig denkende Arbeiterschaft lehnt die Sowjetmacht entschieden ab. Vor allen Dingen gilt es jetzt, sich nicht provozieren und zu politischen Hinweisen zu lassen.

Daher der Name „Jugenderzieher“

Die Berliner Polizei verhaftete vor einigen Tagen laut Pressemeldungen die Urheber der fortgeschrittenen Metallarbei- tische bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. An der Spitze der Diebesbande stand der Arbeiter Hannemann, wa r- standsmittglied der kommunistischen Jugend- erziehung in Henningsdorf, der seit langem bei der E.-G. beschäftigt war. Er kam immer früher als die ande- ren zur Arbeit, um ungefüßte Metalle, die er tags vorher zer- rüchelt hatte, über den Zaun auf ein Privatgrundstück hin- überwerfen zu können. Hier hatten es drei Helfershelfer. Die vier Mann kahlten acht Wochen lang für 4 Millionen Mark Metall.

Dieser Jugenderzieher hat ja trefflich seinen März be- folgt in der „Expropriation der Expropriateure“ in der Aus- beutung der Ausbeuter, ebenso wie er dem unklaren Begriff der „Sozialisierung“ eine kommunistische Auslegung gab. Die kommunistische Jugend kann bei solchen Erziehern wirklich nur bedauert werden.

# Aus unserem Verbandsleben

**Frankfurt a. M.** Am Sonntag, den 11. Februar hielt die Verwaltungskasse Frankfurt a. M. ihre Jahresgeneralversammlung ab. Bei deren Eröffnung gedachte der Vorsitzende Kollege Kunz zunächst der kämpfenden Kollegen im Ruhrgebiet. Wir wollen uns nicht alles daran setzen, daß unsere Kollegen in ihrem Widerstand gestärkt werden. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Geschäftsführung und Kassenericht, schildert der Geschäftsführer Kollege Neudeck zunächst die wirtschaftliche Entwicklung im verflochtenen Jahre. Durch die Entwertung unserer Zahlungsmittel hätten die Gewerkschaften alle Hände voll zu tun, um das Einkommen der Arbeiterschaft der steigenden Lebenshaltung anzupassen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ist das Vorhandensein einer gesunden Wirtschaft. Diese Voraussetzungen sind zur Zeit nicht vorhanden, was die Ursache ist, daß die Steigerung der Löhne nicht gleichen Schritt mit der Steigerung der Lebenshaltung gehalten hat. Und dennoch steht fest, daß es den Bemühungen der Gewerkschaften allein zu verdanken ist, wenn die Arbeiterschaft von größerem Glanz bewahrt wurde. Diese Erkenntnis ist in der Frankfurter Metallarbeiterkassenericht vorhanden, denn die Kollegen sind im verflochtenen Jahre nicht nur treu zu ihrer Organisation gestanden, sondern haben durch eifrige Tätigkeit dafür gesorgt, daß der Mitgliederbestand sich bedeutend erhöht hat. Am günstigsten hat sich die Sektion Oberursel entwickelt.

Was dem Kassenericht zeigte sich die Notwendigkeit, daß die Verträge sofort der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen sind. Das Ideal muß sein, einen Stundenlohn für die Organisation. Mit dem Dank an alle Kollegen, die im abgelaufenen Geschäftsjahr mitgearbeitet haben, schloß Kollege Neudeck seine Ausführungen. In der Diskussion wurde die Geschäftsführung des Kassenerichts anerkannt und wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Beiträge zur rechten Zeit der Geldentwertung anzupassen sind. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassenericht einstimmig entlassen. Bei Punkt 2, Anträge, wurde zunächst ein Antrag des Vorstandes erledigt. Vom Bezirksleiter Weisp, der zunächst seine Befriedigung über die Entwicklung der Verwaltungskasse zum Ausdruck brachte, wurde jedoch der Antrag gestellt, ab 18. Februar die Beiträge in der Höhe von 1100 M. festzusetzen. Dieser Antrag wurde dem neu zu wählenden Vorstand zur Entscheidung überlassen.

In der Vorstandswahl wurde Johann der bisherige rührige Vorsitzende Kunz wieder gewählt, der sich unter starkem Beifall der Versammlung bereit erklärte, das Amt wieder zu übernehmen. Von den alten Vorstandsmitgliedern wurden die Kollegen Bommert, Bruno Schmidt und Konrad Jung wieder gewählt, neu wurden in den Vorstand gewählt die Kollegen Zeiß, Jügel und Hertig.

Beide Kollegen erkundigten sich dann nach der ausgeführten Sammlung zugunsten der Kohlraktion. Vom Vorstand wird mitgeteilt, daß von unserer Seite die Sammlung durchgeführt wird, ohne Rücksicht darauf, welche Stellung andere Gewerkschaftsorganisationen dazu einnehmen.

Im Schlußwort hob Kollege Neudeck den ausgezeichneten Geist hervor, der sich in der heutigen Generalversammlung gezeigt hat. Der Christliche Metallarbeiterverband muß für uns ein Stück Lebenskraft bedeuten. Wir verlangen von allen Mitgliedern, daß sie ihre ganze Person für den Verband einsetzen, dann braucht uns um die Entwicklung unserer Verwaltungskasse nicht bange zu sein. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband schloß der Vorsitzende nach stündiger Dauer die Versammlung.

**Mülheim-Oberhausen-Stertrade.** Am Sonntag, den 25. Februar fand in Oberhausen die Jahres-Delegiertenversammlung unserer Verwaltungskasse statt. Eingeleitet wurde die Tagung durch einige Liebesworte unserer Oberhausener Gesangabteilung. Kollege Jentschmeier leitete den Jahresbericht dadurch ein, daß er zunächst einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres gab. Die Verhältnisse hätten sich fortwährend immer trostloser gestaltet. Die Ursache des Elends sei das Verschärfen der Wirtschaftskrise — aber damit noch nicht genug, sei jetzt eine fremdländische Militärmacht in das Ruhrgebiet eingebracht, um das Unglück zu vollenden. Der einzige Trost, der jedem deutschführenden noch verbleibe, sei der, daß sich das deutsche Volk endlich zu einheitlicher Aktion zusammenschließen habe. Die christlichen Arbeiter hätten die Pflicht, allen anderen Volksteilen in diesen Tagen der größten Not mit gutem Beispiele voranzugehen.

Die bedauerlichen Verhältnisse haben die ganze Kraft der Gewerkschaften an Anspruch genommen, um der Arbeiterschaft den notwendigen Unterhalt sicherzustellen. Der Lohn eines vollqualifizierten Facharbeiters betrug z. B. am Anfang des Jahres 1922 durchschnittlich 12,60 M pro Stunde, dagegen am Ende des Jahres 3,19 M und in der zweiten Februarhälfte 1923 bereits 1,90 M. Diese Zahlen verkörpern eine Unsumme von Anstrengungen und Arbeiten, wie sie mit der Durchführung der seit permanenten Lohnbewegungen verbunden sind. Daneben waren die Vertreter des Verbandes in den verschiedenen sozialen und öffentlichen Körperchaften im Interesse der Mitglieder und der Allgemeinheit tätig. Auf dem Reichstagsgebäude wurde in 573 Fällen mündlich Auskunft und Rat erteilt, 583 Schriftsätze wurden angefertigt und in 118 Fällen sind Mitglieder durch Verbandsbeamte vertreten worden. Nicht geklärt wurden hierbei die Fälle, die mit der Durchführung der Lohnsätze im Zusammenhang stehen und die sehr zahlreich sind. Lohnbewegungen wurden 165 geklärt. Bei der Firma Volkensborn kam es in Abwehr von Lohnverschlechterungen zu einem 14tägigen Streik.

Die Mitgliederbewegung war besonders in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wenig befriedigend. In den Großbetrieben machte sich ein gewisses organisationsfeindliches Mißverständnis bemerkbar. Hinzu kam, daß die Spannung zwischen Teuerung und

Löhnen in den Monaten Oktober und November besonders stark wurde. Die Folge davon war, daß in allen Verbänden ein Mißklang in der Mitgliederzahl eingetreten ist. Unser Verband hat sich im Vergleich zum sozialistischen Verband noch verhältnismäßig gut behauptet. Inzwischen scheint sich eine Wendung zum Besseren anzubahnen und es ist heftigste Pflicht aller Kollegen, dafür einzutreten, daß die Scharte wieder ausgeweitet wird. Jedenfalls hat sich inzwischen gezeigt, daß viele zurückgewonnen werden können und andererseits lassen sich in der Agitation noch viele Arbeitskollegen für unsern Verband gewinnen, wenn die Kollegen energisch und mit Ausdauer für Aufklärung sorgen. Arbeiter, die bei den gegenwärtigen ungleichen Verhältnissen, besonders hier im Ruhrgebiet, auf die Zugehörigkeit zur Organisation verzichten, begehen damit eine geradezu unverantwortliche Sünde und Torheit. Die Organisation wird die Interessen ihrer Mitglieder auch dann noch wahrnehmen können, wenn alle anderen Stellen längst lahmgelegt sind.

In mehr wie 2000 Versammlungen, Sitzungen, Unterrichtskursen usw. waren die Beamten des Verbandes im Laufe des Jahres tätig. Zum Teil handelte es sich hierbei darum, die Interessen der Mitglieder zu wahren, und ein großer Teil der Zusammenkünfte diente auch aufklärenden und bildenden Zwecken. Flugblätter, Rundschreiben usw. wurden insgesamt 595 mit einer Gesamtzahl von 299.000 an die Mitglieder und Funktionäre verteilt. Der größte Teil der Rundschreiben wurde mit eigenen Mitteln hergestellt.

Dem Kassenericht sind folgende Zahlen entnommen: Die Gesamtannahme im Jahre 1922 betrug 5.810.298,40 M, Gesamtausgabe 3.692.354,55 M, an die Hauptkasse abgeführt 5.711.067,22 M. In der Lokalkasse ergab sich ein Fehlbetrag von 468.065,05 M.

Im vierten Quartal betrug die Gesamteinnahme 5.158.011,05 M, Ausgaben 2.238.055,53 M, an die Hauptkasse gezahlt 3.810.268,95 M und Lokalkasse wie bereits angeführt.

Da seit Beginn dieses Jahres die monatliche Abschreibung mit der Zentrale eingeführt wurde, konnte auch bereits für Januar berichtet werden. Die Einnahmen im Januar erreichten die Summe von 3.485.112.— M. Demgegenüber stehen Ausgaben in Höhe von 1.284.789,90 M, an die Hauptkasse zu zahlen 2.471.339.— M., und der Fehlbetrag in der Lokalkasse über nur 739.988.— M. Wenn dieser Unterbetrag der Lokalkasse an die Zentrale übergeben wird, so beträgt der Fehlbetrag gegenüber dem Fehlbetrag des abgelaufenen Jahres nur 3 M. allein die drei Verbandsämter, so hand an anderer Stelle in leitenden Kollegenkreisen keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß auch lokal nicht dauernd mit Vorläufen auf neue Rechnung gerechnet werden kann.

Kollege erläuterte daher die Vorklage der Verwaltung über die zukünftige Regelung der Beiträge. In der letzten Zeit der Beitragsregelung habe dazu geführt, daß z. B. der Betrag der Beiträge nur noch ein Drittel bis sogar ein Viertel des Stundenverdienstes für viele Mitglieder ausmache. Dabei könne keine Organisation bestehen. Es müßte daher ein Weg gefunden werden, der die Erhebung des Beitrages in einer dem wirklichen Werte nach gleichmäßigen Höhe weitgehend einigermassen sicher stelle. Die Zentralinstanzen unseres Verbandes hätten daher beschlossen, daß der Beitrag in Zukunft weitgehend in Höhe eines durchschnittlichen Stundenverdienstes zu erheben sei. Unter Berücksichtigung dieses Grundgedankes beantragte der Redner, der Ortsverwaltung Vollmacht zu erteilen, die Beiträge in Zukunft automatisch und nach einem bestimmten Schlüssel den Stundenlöhnen anzupassen. Wenn die Mitglieder sich daran gewöhnt hätten, daß die Beiträge in Höhe ihrer Stundenlöhne erhoben würden, dann sei damit der ewige Streit um die Beitragsregelung beendet und die Bahn für andere Aufgaben wieder frei. Gleichzeitig müßten damit die Beiträge für März festgesetzt werden.

Im Anschluß an den Bericht wurde seitens der Kassenerichtoren über tabellarische Kassenerichtungen berichtet und Entlastung für die Verwaltung beantragt, die erteilt wurde. Es folgte dann eine lebhafte Aussprache, wobei die Mehrzahl der Redner auch zur Beitragsfrage Stellung nahm. Die Beschlüsse der Verwaltung fanden bei der Mehrzahl Zustimmung. Bezirksleiter Kollege Burgard aus Duisburg nahm in längeren Ausführungen zu den vorliegenden in der Diskussion aufgeworfenen Fragen Stellung und erwähnte die Parallelen bei ihren Beschüssen für nicht von heftigen Gegensätzen leben zu lassen, sondern als Gewerkschaftler zu handeln.

Nach dem Bericht der Verwaltung wurde dann für die zukünftige Regelung der Beiträge folgendes einstimmig beschlossen:

### Beschluß:

Zur Grund der Beschlüsse der Zentralinstanzen unseres Verbandes, nachdem der Verbandsbeitrag in der Höhe eines durchschnittlichen Stundenverdienstes erhoben werden soll, wird für die Festsetzung des jeweiligen Beitrages folgendes festgelegt:

1. Die Ortsverwaltung hat den durchschnittlichen Lohn der Facharbeiter im Laufe des Monats zu ermitteln;
2. Nach diesem Satz wird der Beitrag der Mitgliedsklasse für vollqualifizierte Mitglieder für den nächsten Monat durch die Ortsverwaltung festgelegt. Für die übrigen Beitragsklassen wird das von der Zentrale festgelegte Verhältnis zum Pflichtbeitrag gewahrt;
3. Wenn aus besonderen Gründen der Beitrag höher festgelegt werden soll, oder auf Grund einer rückläufigen Entwicklung die obige Regel nicht beibehalten werden kann, so unterliegt das der Beschlussfassung durch die Delegiertenversammlung oder der allgemeinen Mitglieder-versammlungen.

Für März wurden hierauf mit erheblicher Mehrheit folgende Beiträge festgelegt: 1. Klasse für Arbeiterkassenerbeiter 2000 Mark; 2. Klasse für alle sonstigen vollqualifizierten Mitglieder 1700 Mark; 3. Klasse für 18 bis 20jährige Mitglieder 1300 Mark; 4. Klasse für Weibliche und Jugendliche unter 18 Jahren 800 Mark; 5. Klasse für Lehrlinge im 1. und 2. Lehrjahr und 14jährige Mitglieder 250 Mark. Der Delegiertenbeitrag beträgt ab 1. März 100 Mark. Aufnahmepfand 1 und 2. Klasse 200 Mark, 3. und 4. Klasse 100 Mark, 5. Klasse 50 Mark.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder mit drei Ergänzungen für ausstehende Kollegen. Mitglieder der Ortsverwaltung sind: Jentschmeier, Kaufmann, Kranen, Kinnel, Thomas, Beck, Selberg, Schmalz, Altmeyer, Neuler, Stappert, Hoefels, Wiser, Egner und Schumacher.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Jentschmeier, allen Funktionären für die bisherige treue Mitarbeit herzlichsten Dank ausgesprochen hatte, wurde die Tagung mit einem begeisterten Hoch auf den Christlichen Metallarbeiter Verband geschlossen.

**München.** In einer sehr stark besetzten öffentlichen Versammlung im Kreuzbräuhaus sprach Kollege Borsch die dort das Thema: Arbeitsgewalt, Lohnfrage und Landesversicherungsamt. Neben Schilderung in großen Zügen die Auswirkung der Teuerung auf die Lebenshaltung, die Wirtschaft und Einzelhaushalt und konstatierte, daß der Privatlohnarbeiter in weitem Umfang in den letzten Wochen verfallen sei, da die Arbeit überorganisationen und amtlichen Schiedsgerichte in keiner Weise analog des Gelohes des Reichsarbeitsministers und des Auftrages der Zentralarbeitsgemeinschaft gemäß der Teuerung die Löhne erhöht hätten. Ein dummer Mißmut gehe in den Arbeiterhaushalten um, die Produktion in den Betrieben gehe infolge der ungenügenden Ernährungsweise zurück. Es müßte mit aller Macht versucht werden, durch Einwirkung auf Regierung, Öffentlichkeit und Arbeitgeber das Reallohn in den der arbeitenden Bevölkerung zu heben, möge es nun einestheils durch Abzug der leistung als glatter Arbeiter zu bezeichnen, Preis für Lebensmittel und Bekleidungsartikel oder andererseits durch eine angemessene und schnelle Erhöhung der Löhne erfolgen. Der Schiedsrichter des Landesversicherungsamtes sei ein Schlag ins Gesicht für uns Metallarbeiter gewesen. Nicht nur, daß die festgesetzten Löhne 50 Prozent unter den sonst üblichen Löhnen geblieben seien, sondern es muß auch die Festlegung der Lohnsätze bis zum März hinein als unannehmbar abgelehnt werden. Das bayerische Sozialministerium hat den Antrag der Arbeiterschaft auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters abgelehnt und damit das Unhaltbare des Schiedsrichters darzulegen. Stappert muß die Arbeiterschaft, daß gerade die beiden Vorsitzenden des Landesversicherungsamtes, die auch den sozialistischen Gewerkschaften entspringen, einen beratlichen Schiedsrichter fällen könnten. Entweder mußten sie die Tragweite des Schiedsrichters bezüglich der Angleichung der Teuerung nicht zu übersehen, oder aber sie glauben, daß die Prosperität der Metallindustrie lediglich von niedrigen Löhnen abhängt. Wenn irgend ein weltfremder Bürokrat Vorsitzender des Schiedsrichters gewesen wäre, dann könnten diesem noch mildernde Umstände zugestanden werden, aber Leute aus der Praxis sollte ein beratlicher, von Selbstfreiheit richtender Schiedsrichter nicht unterlaufen. Schatz wandte sich der Redner absondern gegen eine Entschleunigung des bayerischen Verzeins, die es für notwendig befindet, die Arbeiterschaft zu Arbeitszeitverlängerung als Rettung aus der heutigen Not aufzufordern. Wir hätten es eher für notwendig befunden, wenn sich der Metzgerei gegen die Arbeiterpraxis anderer Volksteile gewandt hätte, die mehr an der höchsten Not Schuld tragen, als etwaige Schäden der Arbeiterschaft. Außerdem steht es besonders dem Münchener Metzgerei sehr schlecht an, von der Arbeiterschaft Arbeitszeitverlängerung zu verlangen, da er selber für die Verstrickung der Münchener Ortskrankenkasse eine Arbeitszeit von 5 Stunden täglich bei einer Bezahlung nach Klasse XII (rund 500.000 M im Februar) als zu lang erachtet. Wir müssen es uns verbielen, nach dem die Seite bezügliche einseitige Beschlüssen zu erklären, nachdem wir dort keineswegs auf schöne Reden auch vorbildliche Taten setzen.

Zum Schluß erklärte der Redner, daß umgehend mit dem Arbeitgebern wegen Neuregelung der Löhne verhandelt werde, daß die Forderungen bekannt und teils weitesthin mit, daß in den nächsten Tagen eine Vorstellung von Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes beim bayerischen Gesamtministerium stattfinden, um unsere Forderungen vorzutragen und die Stellung der Regierung zur heutigen Notlage des Volkes zu erfahren. — Die darauffolgende Aussprache war sehr lebhaft. Ein Mitglied des sog. Metallarbeiterverbandes, Schelle, gab dem Referenten in 90 Prozent seiner Ausführungen recht, kritisierte lediglich die Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes zur Einzelinstanz gegen die Hände im Ruhrgebiet, zur Schiedsrichterei und Abschundentag, wurde aber von den Kollegen Bauer, Wäfler, Maier, Teine und Hofmann und dann im Schlußwort des Referenten unter dem Beifall der Versammlung glänzend abgelehnt. Der Referent forderte dann die Anwesenden auf, die Gewerkschaften als Kampforganisationen zu erhalten und in der Beitragsfrage nicht kleinlich zu sein. 500 Mark weniger Verbandsbeitrag haben zur Folge 10.000 Mark weniger Wochenlohn.

Mit einem Appell an die Versammlung, das Gehörte in die Tat umzusetzen und mit allen Kräften an der Stärkung der Organisation zu arbeiten, schloß der Versammlungsleiter Kollege Kaffelmeier die schön verlaufene Versammlung.

## Der Dieselmotor

Jag. Dr. Schwarzkopff, Köln.

III.

Ein großer Schritt auf dem Gebiet der Brennstoffgewinnung für Dieselmotoren soll hier noch erwähnt werden, die Verwertung des Kohle. In Laboratorien ist der Versuch schon durchgeführt, daß die Anwendung in der Praxis sich hoffentlich nicht weit von der Theorie auf sich warten lassen. Gelingt dies, dann sind die Brennstoffgewinnungen unabhängig von der Güte der Brennstoffe. Und die minderwertigen, können zu hochwertigen verarbeitet werden. Die hohen Transportkosten, die eine Herbeiführung solcher Brennstoffe bedingt, werden keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen. Eine neue, ausgiebige Industrie würde geschaffen. Die Gewinnung der Brennstoffe ist die heutige und ganz besondere deutsche Lösung. Eine der besten Wälder hierzu ist die Dinkelweide. Aus den bisherigen Ausführungen haben wir gesehen, wie vielfach die Vorteile der Dieselmotoren gegenüber anderen Kraftmaschinen sind. In rechtzeitiger Erkenntnis dieser Vorteile hat unsere Industrie es verstanden, der Dieselmotoren ein möglichst vielen Gebieten Eingang zu verschaffen. Da die Herstellung einer Gesamtanlage im Verhältnis zu anderen Systemen, die mehrere Gasmaschinen benötigen, bedeutend weniger Kosten erfordert, der Betrieb viel simpler ist — ein in der Technik ein wichtiges Moment —, ferner die Bedienung ungewöhnlich einfach ist, so gestaltet, ist man zur Konstruktion von immer größeren Dieselmotoren übergegangen. Diese Gasmaschinen in zwei- und vierzylinder sind keine Exzentriker mehr, man kann sie in der Leistung von 1000 PS. und weit höher pro Kubikmeter Inhalt und hat damit bereits große Effizienzwerte angesetzt. Auch als Schiffsmaschine bietet der Dieselmotor außerordentliche Vorteile. Der Gahrbereich wird größer, die wasser-

digen Brennstoffe lassen sich leichter aufspeichern, die Wärmeausnutzung ist eine bessere, die Brennstoffleistung ist bequemer, die Schiffslieferung wird gesteigert im Verhältnis zur Maschinenanlage und zum Brennstoffverbrauch, und — vielleicht einer der wichtigsten Faktoren — die Unabhängigkeit von Brennstofflagern ist bedeutend. Die Brennstofffrage ist zweifellos eine der wichtigsten. Viel leicht bedarf es hier mehr, als wir bei oberflächlicher Betrachtung ahnen, unser Sozial, die Geschichte der Völker. Wie in der Natur der Kampf ums Dasein der Kampf um die wärmeproduzierende Sonne ist, der wir entgegenstreben, die Welt erst leben und Lebensmöglichkeit gibt, so wird sich in vielerlei nicht allzumeist fern der Kampf der Völker immer mehr aufziehen auf ein Ringen um die Wärmeenergie lebendigen Brennstoffe, die die einzelnen Erdteile aus liefern. Wenn wir genauer hinschauen, sehen wir schon jetzt den Kampf dazu. Gewiß, noch wegt ankündend in dem Ziel der nachfolgenden Völker das Moment vor, fremde Länder zu erwerben, um den Eigenbedarf an Lebensmitteln einzudecken, oder um Absatz für eigene Produkte zu schaffen. Aber bewerten wir nicht schon jetzt den Streben weit über den Völker, so besonders der Engländer, möglichst alle für die Erzeugung von Brennstoffen in Frage kommenden Länder in ihre Gewalt, oder zum mindesten in ihren Einfluß zu bekommen!

## WICHTIGE FACHLEHRBUCHER

sind: Elektrotechnik für Praktiker 50 Mark; Materialkunde für Praktiker 20 Mark; Störungen an elektrischen Maschinen 50 Mark; Das magnetische Drehfeld 12 Mark; Leitfaden der drahtlosen Telegraphie 50 Mark; Zeitgenössische Ingenieur-Ausbildung 20 Mark; Maschinenzeichnen 50 Mark; Berechnung der Federn 60 Mark; Elektrische Anlagen in Bergwerksbetrieben 8 Mark; Die Prüfung der Eisen- und Stahlsorten 20 Mark; Industrielle Gründungen 8 Mark; Materialprüfungsverfahren 9 Mark; Die Herstellung der Gewinde und Gewindeschneidwerkzeuge 12 Mark; Die Schleifmaschinen im Maschinenbau 12 Mark; Kohlenereparatur bei Industrieanlagen 8 Mark; Die Meßwerkzeuge im Maschinenbau 12 Mark; Berechnung des Stufenstrombetriebes einer Drehbank 7 Mark; Betriebs-Charakteristik neuzeitlicher Dampfkräftwerke 8 Mark; Wie erlangt man in kurzer Zeit eine schöne u. geläufige Handschrift 10 Mark. Ges. Nachz. zuzügl. Teuerungszusch. Akad. u. Tech. Verlag, Frankfurt a. M., West 8

## Technische Bücher

Verzeichnisse kostenfrei  
Dr. Max Jäneske, Leipzig  
Hospitalstraße 10.

## Neu erschienen:

Ritter Taschenbuch  
für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernisk bei Breslau. Preis auf Anfr.

## Soeben erschienen: Autogenes Schweißen und Schneiden

(Schmelzschneiden und Brennschneiden) von Dipl. Ingenieur Paul Ziemke  
Schriftleiter an der staatlichen höheren Maschinenbauschule Breslau  
Mark 4.-  
Der angegeb. Preis ist ein Grundpreis (Vollpreis). Dieser wird jeweils mit der v. Börsenverein der Deutschen Buchhändler festgesetzten Schlußzeit multipliziert  
Preisliste Nr. 137 kostenlos und portofrei.  
Verlag: G. Fischer, Leipzig Königstraße 25 B